

# Wir brauchen eine „Agenda Zuwanderung“

**D**ie Fakten sind eindeutig: Der demografische Wandel, die Globalisierung, die geänderten Anforderungen des Arbeitsmarkts erzwingen ein neues Denken in der Zuwanderungspolitik. Immer mehr Wirtschaftsbereiche in Deutschland melden einen wachsenden Fachkräftemangel. Gleichzeitig suchen gut ausgebildete Deutsche häufiger denn je außerhalb der Heimat ihr Glück. Zudem belastet eine in weiten Teilen gescheiterte Integrationspolitik unsere Sozial- und Bildungssysteme bis zur Zerreißprobe. Angesichts dieser Problemlage ist die Chance für eine parteiübergreifende Initiative jetzt größer denn je. Sie sollte die langfristigen Interessen des Landes in den Mittelpunkt rücken, Zuwanderung deshalb aktiv und transparent gestalten und zugleich die Grundlagen für eine bessere Integration der Migranten schaffen.

Doch um verlorenen Boden gutzumachen, bleibt nicht mehr viel Zeit. Überfällig ist ein umfassendes, glaubwürdiges Gesamtkonzept, das sich auf vier Pfeiler stützt. Es könnte eine Blaupause darstellen für eine „Agenda Zuwanderung“ der bürgerlichen Bundesregierung, die auf Wachstum, Innovation und Weltoffenheit setzt.

Erstens: Deutschland braucht klare Regeln zur Steuerung von Quantität und Qualität der dauerhaften Zuwanderung, um deren ökonomischen Nutzen auszuschöpfen. Erforderlich ist - nach erfolgreichen internationalen Vorbildern - ein Punktekatalog für Kriterien wie Bildungsabschluss, Berufserfahrung, Familienstand, Qualifikation des Partners, Alter und Sprachkenntnisse. Jedes Jahr finden nur die zum jeweiligen Zeitpunkt besten Anträge Berücksichtigung. Es ist nötig, eine jährliche Höchstzahl von Einreisegenehmigungen festzusetzen. Erst dieses Instrument versetzt die Zuwanderungspolitik in die Lage, Verlässlichkeit und Berechenbarkeit zu erzeugen.

Mit der Genehmigung des Zuwanderungsantrags muss konsequenterweise eine un-

**Klaus F. Zimmermann**



Deutschland sollte Hochqualifizierte nach einem Punktesystem auswählen und ihnen die Staatsbürgerschaft in Aussicht stellen.

eingeschränkte Arbeiterlaubnis erteilt werden. Auch sollte ein klare Perspektive vermittelt werden, wie diese zum Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft führen kann. Denn Grundidee ist, nur solche Zuwanderer auszuwählen, deren erfolgreiche Integration in Wirtschaft und Gesellschaft hochwahrscheinlich ist.

Zweitens brauchen wir ein Verfahren für befristete Arbeitsmigration, das temporäre Bedarfe am Markt zufriedenstellt. Eine ausdrücklich befristete Zuwanderung leistet einen wertvollen Beitrag zur Überwindung wachstumshemmender Engpässe und muss deshalb gezielt stimuliert werden. Diese Kurzfriststeuerung von Zuwanderung muss strikt am Nachweis eines Arbeitsplatzes und einer zeitlichen Beschränkung (z.B. drei Jahre) ausgerichtet werden. Ein konkretes Arbeitsplatzangebot jenseits einer moderat vorzugebenden Mindesteinkommensgrenze (z.B. 50 000 Euro) bzw. aufgrund eines Hochschulabschlusses oder für klare Mangelberufe (IT-Spezialist, Ingenieur, Pfleger) reichen als Kriterien aus. Einen weiteren Regelungsbedarf gibt es nicht.

Drittens ist Deutschland gut beraten, die Potenziale ausländischer Studienabsolventen gezielt auszuschöpfen und ihnen einen Zuwandererstatus einzuräumen. Es muss

verhindert werden, dass Spitzenkräfte das Land nach beendeter Ausbildung wieder verlassen. Denn diejenigen, die hierzulande erfolgreich ihr Studium absolviert haben, bringen die besten Voraussetzungen für eine erfolgreiche Eingliederung in Gesellschaft und Arbeitsmarkt mit.

Viertens sollte Deutschland innerhalb der Europäischen Union zur treibenden Kraft werden, wenn es um die Formulierung einer gemeinsamen Migrationspolitik geht. Will Europa damit vorankommen, die eigene Wettbewerbsfähigkeit im Konzert der weltweiten Zuwanderungsregionen wie USA, Kanada und Australien zu stärken, sind weiter gehende Öffnungen und Rechtsharmonisierungen notwendig. Diese sollten von Deutschland mit initiiert statt wie bislang blockiert werden.

Deutschland könnte den Anstoß zu einer „white card“ für internationale Fachkräfte geben, die europaweit Gültigkeit besitzt. Mit dieser würde die freie europäische Mobilität und Arbeitsaufnahme einzig und allein vom Nachweis eines Arbeitsplatzangebots abhängig gemacht, die Bürokratie aber auf ein absolutes Minimum beschränkt.

Zehn Jahre nach den wegweisenden Reformvorschlägen der Süßmuth-Kommission gleicht die aktuelle deutsche Migrationspolitik noch immer einem von Blockadehaltungen dominierten Stückwerk. Doch jetzt ist der Zeitpunkt gekommen für ein ernsthaft durchdachtes Gesamtkonzept einer vorausschauenden Zuwanderungs- und Integrationspolitik. Dieses könnte zu einem Markenzeichen für das moderne Deutschland werden, wenn das Modell zugleich weltweit nachhaltig und offensiv kommuniziert wird. Denn davon hängt es wesentlich ab, ob die begehrten „high potentials“ in aller Welt auch bereit sind, nach Deutschland zu kommen.

**Der Autor ist Präsident des DIW in Berlin.**

Sie erreichen ihn unter:  
[gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)